

Landeszeitung

Zwanzigste Jahrgang.

Bezugspreise: Die Halle monatlich für zweimaligen Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, durch die Post 23.50 Mark.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf.

Nr. 377.

Halle, Sonnabend, den 14. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Der Nationalkrieg beginnt an Warschau Pforten.

Warschau, 12. Aug. Die Regierung hat angeht die äußerste Gefahr alle Bewohner Polens, ob jung, ob alt, ob Männer und Frauen, zu den Waffen gerufen.

Polen! Die polnische Regierung, die Regierung der nationalen Verteidigung, die Regierung der polnischen Demokratie, die Regierung der Bauern und Arbeiter — sie ruft die ganze Nation auf zum Kampfe in Verteidigung des häuslichen Herdes, in Verteidigung der Bauernhöfe, in Verteidigung der Arbeit und der bürgerlichen Freiheit.

Indem die polnische Regierung die ganze Nation zu den Waffen ruft, tut sie der ganzen zivilisierten Welt kund, daß sie den Frieden und die Eintracht mit der Nachbarwelt will, daß sie bereit war, jegliche mit der Ehre der Nation und mit ihrer Fähigkeit zum unabhängigen Leben verbundenen Pflichten zu bieten, daß sie fremdes Land nicht haben will, daß sie nach einem gerechten, dauernden Frieden strebt.

Widde Europa, möge die ganze Welt heute wissen, daß der bolschewistische Angriff als Antwort darauf sich vorbereitet, um an Polen das Verbrechen der Gewalt zu begehen, ein Verbrechen, gleich dem der Tyrannen des 19. Jahrhunderts die Polen geteilt haben.

Unter dem Deckmantel der sozialen Revolution mordet der feind polnische Sozialisten, die zu einem demokratischen Frieden bereit sind, unter der Maske von Arbeiter- und kommunistischen Forderungen gegen Zarengenerale gegen Polen vor, um es vor allem auszuräumen und auszuplündern und es dann der Regierung einer auf die russischen Baionette gestützten verschwindenden Minderheit als Beute hinzuzuerkennen.

Die rote Armee will aus Polen eine dem heutigen Rußland ähnliche Einöde machen. Die Konterung hat beschlossen, Polen bis zum letzten Zipfel des Vaterlandes zu verteidigen. Wir befehlen unserer Armee, jedem Soldaten, unerschrocken zu kämpfen, unter dem Beistande des Bauern, des Arbeiters und aller patriotisch gesinnten Elemente, unter dem Beistand der Brüder nicht zurückzuweichen, es sei denn auf den ausdrücklichen Befehl des Heeresführers hin.

Unsere Kavallerie, das patriotische Warschau, muß eine Probe der Tapferkeit und Ausdauer gegenüber dem Feinde bieten. Warschau muß sich verteidigen.

Wir werden uns dem feindlichen Überfall nicht unterwerfen, das heilige Recht des Völkervolkes auf Unabhängigkeit verteidigen, das Recht, ohne daß es keine europäische Zivilisation, keine menschliche Freiheit gibt. Unter Blut, unsere Kräfte, unter Kampf für das teure Vaterland! Zu den Waffen, Polen!

Der polnische Heeresbericht.

Kopenhagen, 13. August. Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Heeresbericht: Feindliche Kanalleriebeschüsse drangen gegen die Bahnhöfe Mama-Göschendorf vor und haben den letzten Punkt vorübergehend besetzt. Zwischen Narew und Bug ist die Lage unverändert. Ostlich von Sedice werden unsere Abteilungen umgruppiert. Südlich von Wroba hat der Feind von neuem seine Tätigkeit begonnen und versucht nach Westen vorzudringen. Unsere Truppen haben südlich von Wroba den Feind aus Radziwillow zurückgedrängt und ihm eine Batterie Geschütze und vier Maschinengewehre abgenommen. Zwischen Seretz und Strpa haben unsere Truppen größere feindliche Truppenmassen auseinandergepresst und über 4000 Gefangene gemacht, sowie Maschinengewehre erobert.

Noch keine Ablehnung Rußlands.

Kopenhagen, 13. August. Nach einem Telegramm aus Warschau teilt das Ministerium des Auswärtigen mit, daß es bisher noch keine offizielle Benachrichtigung erhalten hat, daß die Bolschewisten endgültig den Vorschlag Englands abgelehnt haben. Die Note der englischen Regierung an die Sowjet-Regierung vom 5. August, wurde am 10. August über Stockholm an Moskau weitergegeben, gleichzeitig auch direkt von Warschau nach Moskau telegraphiert. Diesmal machte die Station Moskau keine Schwierigkeiten, hat jedoch bisher den Empfang der Note nicht offiziell bestätigt.

Vom englisch-französischen Zwiespalt.

London, 13. August. Auf einem Frühstück, welches zu Ehren Lloyd George von den Führern der Koalition gegeben wurde, sagte der Premierminister, er hoffe und vertraue darauf, daß nicht die Einheit zwischen Frankreich und England zerbrochen werde. Er fügte hinzu, wenn es sich um die Herstellung des Friedens handle ist es unsere erste Pflicht als Regierung, daß Volk nicht in ein nicht zu rechtfertigendes Abenteuer hineinzufragen. Lediglich die dringlichsten Forderungen der nationalen Ehre, sowie die Frage der Selbst-

kändigkeit und Freiheit könnten einen Krieg rechtfertigen. Auf diesem Gebiet sei kein Raum für Parteilichkeit, hier müßte die Nation alle ihre Kräfte sammeln. Sehr viel hänge von England und seine Einheit ab.

Peinliche Ueberraschung in Rom.

Die Anerkennung der Regierung Brangels durch Frankreich wird von den römischen Zeitungen, der 'Voss. Zit.' zufolge, mit peinlicher Ueberraschung verzeichnet. Der 'Messaggero' schreibt, die Awa-Meldung zeugt von einem außerordentlichen Verfall. Frankreich nehme seinen eigenen Weg, der ein völlig anderer sei als derjenige, den Italien eingeschlagen habe.

Amerika gegen den Bolschewismus.

London, 13. August. Reuter meldet aus Washington: In diplomatischen Kreisen nimmt man im allgemeinen an, daß die Note des Staatsdepartements über die russisch-polnische Lage ein dreifaches Ziel verfolgt.

- 1. Will sie der polnischen Regierung und dem polnischen Volk eine moralische Stütze geben.
2. Will sie an die Bevölkerung Rußlands appellieren, das bolschewistische Joch abzuerkennen und eine verfassungsmäßige Regierung einzusetzen.
3. Will sie auf andere Länder in dem Sinne einwirken, daß sie davon Abstand nehmen, die Bolschewisten zu unterstützen. Man erwartet in Regierungskreisen, daß die Alliierten sich zu dieser Note äußern werden.

Paris, 13. Aug. 'Echo de Paris' meldet aus Washington, daß Präsident Wilson die Ansicht vertritt, daß sich Amerika gegen die Errichtung kleinerer Staaten in Rußland aussprechen soll. Er sei davon überzeugt, daß sich England und Frankreich zahlreiche Konsequenzen verschafft hätten, um sich die Anerkennung der kleinen Staaten besahen zu lassen.

Die englischen Arbeiter rühren sich.

Rotterdam, 13. August. Der 'Nieuwe Rotterd. Cour.' meldet aus London. Der Attentatsversuch der Arbeiter, der sich mit der russisch-polnischen Frage befaßt, hat einen Brief an Lloyd George geführt, in dem er mittel, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Rußland und England mit der Mittelschiff Lloyd George im Hinterhause nicht erledigt sei. Die Arbeitervertreter seien davon überzeugt, daß der Friedensschluß und die normalen Beziehungen zwischen England und Rußland eine gebieterrische Notwendigkeit ist. Der Brief ermahnt mit Rücksicht auf die für Freitag angelegte nationale Arbeiterkonferenz sofort in deutlichen bestimmten Worten zu erklären, welche Bedingungen die englische Regierung für den Frieden mit Rußland stellt.

Die Konferenz der Randstaaten in Riga.

Riga, 12. August. An der Konferenz der Randstaaten, die etwa einen Monat dauern wird, sind die wichtigsten Verhandlungsfragen: Die Regulierung der Wäldte, die Organisation des Exports, die Regelung des Transitverkehrs und des Schiffs- und Eisenbahnverkehrs, Regelung der Zollfragen und des Post- und Telegraphenwesens. Die wichtigste Verhandlungsfrage ist dem 'Latwias Sargs' zufolge, jedoch die Organisation eines Zusammenstoßes der Randstaaten.

Verständigung zwischen Rußland und Finnland.

Kopenhagen, 13. August. Einem Telegramm aus Helsinki zufolge ist zwischen Rußland und Finnland auf der Konferenz in Dorpat eine Verständigung über die Waffenstillstandsbedingungen erzielt worden. Der Abschluß des Waffenstillstands werde in den nächsten Tagen erwartet.

Unterzeichnung des lettisch-russischen Friedensvertrages.

Kopenhagen, 13. August. Wie aus Riga gemeldet wird, ist der lettisch-russ. Friedensvertrag am 11. August in Riga unterzeichnet worden.

Die Unterjochung der Tätigkeit der Kriegsgesellschaften.

Der Untersuchungsanspruch zur Prüfung der Tätigkeit der Kriegsgesellschaften wird seine Arbeiten Mitte bis Ende September aufnehmen. Die Regierungsvorteiler gehören ihm an die Staatssekretäre Dr. Hirtz vom Reichswirtschaftsministerium, Dr. Peters vom Ernährungsministerium, Goldblum vom Schatzministerium, Ministerialdirektor Graesslin vom Reichsanwaltschaftsministerium und Geheimrat Leib vom Oberrechnungsamt. Dem Reichsrat erwidern die Herren Hirtz, Krosigk, Veber und Zeller, Veber den Ministerialdirektor Huber und Geheimrat Hofmann, Schellen den Geländedirektor Dr. Rog und Graf Holtenhoff, Württemberg den Ministerialdirektor Dr. Schiffer, Baden den Geländedirektor Meier, Hessen den Freiherren von Biegeleben, Samburg den Geländedirektor Sienefing, Mecklenburg und Oldenburg den Geländedirektor Thiede, Braunschweig und Anhalt den Geländedirektor und Thüringen den Staatsrat den Geländedirektor. Dem Reichsrat erwidern die Herren Hirtz, Krosigk, Veber und Zeller, Veber den Ministerialdirektor Huber und Geheimrat Hofmann, Schellen den Geländedirektor Dr. Rog und Graf Holtenhoff, Württemberg den Ministerialdirektor Dr. Schiffer, Baden den Geländedirektor Meier, Hessen den Freiherren von Biegeleben, Samburg den Geländedirektor Sienefing, Mecklenburg und Oldenburg den Geländedirektor Thiede, Braunschweig und Anhalt den Geländedirektor und Thüringen den Staatsrat den Geländedirektor. Dem Reichsrat erwidern die Herren Hirtz, Krosigk, Veber und Zeller, Veber den Ministerialdirektor Huber und Geheimrat Hofmann, Schellen den Geländedirektor Dr. Rog und Graf Holtenhoff, Württemberg den Ministerialdirektor Dr. Schiffer, Baden den Geländedirektor Meier, Hessen den Freiherren von Biegeleben, Samburg den Geländedirektor Sienefing, Mecklenburg und Oldenburg den Geländedirektor Thiede, Braunschweig und Anhalt den Geländedirektor und Thüringen den Staatsrat den Geländedirektor.

Aus diesen Mitgliedern des Gesamtvereins sind drei Unterausschüsse für die Ernährungsvereinigungen, die Rohstoffvereinigungen und die Kriegsgesellschaften, die sich dem Reichsamt mit einem unterrichten, gebildet worden; ihnen gehören jetzt die Reichstagsabgeordnete, vier Reichsratsmitglieder und zwei Regierungsvorteiler an. Die Zahl der Kriegsgesellschaften ist bereits erheblich zurückgegangen. Dem Reichswirtschaftsministerium unterliegen gegenwärtig noch 28; von den 38 dem Ernährungsministerium nach dem Stand vom 1. Januar angehörigen Gesellschaften ist eine große Anzahl schon in weit vorgeschrittenen Liquidation und unterliegen bereits mit ihren Vermögens- und Verrechnungsstellen neben zahlreichen ähnlichen Firmen anderen Gesellschaften dem Reichsamt.

Das für den Austausch zusammenzubehaltene Material für seine Unterweisungen umfaßt die Aufstellungen über die Gesundheitsverhältnisse, die Statuten der Kriegsgesellschaften, ihre Anwaltschaften und die Beschlüsse der mitteilenden Kreise über ihre Tätigkeit; die Revisionsberichte der Treuhändergesellschaften und die Reaktionen der beim Reichsamt eingereichten Reichsamtstellen, die die Reaktionen der privaten Revisionsgesellschaften einer nachmaligen Nachprüfung unterzieht. Diese Stelle hält auch gegenwärtig noch zweimal wöchentlich Besprechungen im Reichsamt, in denen ein Bericht über die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften erörtert wird. Die Stelle hat im besondern auch darauf zu achten, daß der Abbau der Kriegsgesellschaften gleichmäßig mit dem Abbau der Zwangswirtschaft.

Ein Einblick in die vorliegenden Revisionsakten zeigt, daß seit Beginn der Kriegswirtschaft hundert Reaktionen der Kriegsgesellschaften, zum Teil in vielfachen großer Zahl, herausgefunden haben. Das Reich hat an den Gesellschaften, die ihren Aktionären ihr Kapital nur mit der fünf Prozent bezugslos durften, ja mitteilend, erhielt die Gesellschaftsberichte und hatte daher eine starke Ueberwachung der Kriegsgesellschaften durchgeführt.

Die Beschlüsse, die schon jetzt dem Austausch reichlich gegeben und im Reichsamt eingereicht, haben die Federführung der Gesellschaften insofern gesammelt werden, bestehen sich auf Entschuldigungsbedingungen infolge ungleicher Verteilungsart, Verzögerungen bei der Erstellung, auf das Geschäftsbereichen der Gesellschaften und auf das Verhalten von Einzelpersonlichkeiten. Zahlreiche Angelegenheiten sind von Kriegsgesellschaften haben ferner die Entsendung von Mitgliedern in den Austausch beantragt. Dem kann natürlich nicht entgegengetreten werden, weil die selbstverständlich wird es bei der Untersuchung der Reichsamt Sachverständigen und Zeugen hören.

Im Reichswirtschaftsministerium ist man überzeugt, daß der Austausch schon mit Rücksicht auf die in der Bevölkerung herrschende Aufregung und Stimmung gegenüber den Kriegsgesellschaften mit den besten Kräften des Reichsamt, die gründlichste Untersuchung der Tätigkeit der Kriegsgesellschaften arbeiten wird. Das Untersuchungsmaterial, das sich bei seinen Untersuchungen herausfinden könnte, würde zweifellos der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

Die Erfüllung des Spa-Abkommens.

Amsterdam, 13. August. Der Korrespondent der 'Times' in Paris meldet, daß die deutschen Kohlenlieferungen bisher ausreichend waren. Während der ersten zehn Tage dieses Monats seien im Durchschnitt 50 000 Tonnen pro Tag geliefert worden.

Der Steuerabzug nicht Gegenstand von Verhandlungen.

Köln, 12. August. Nachdem die Vertretung der Farbenfabriken normals Friedrich Bayer und Co. in Luxemburg am Montag wegen der Forderung der Arbeiter, daß die Unternehmer den Steuerabzug zahlen sollten, die gesamte Arbeiterschaft in Stärke von achttausend Personen ausgesperrt hatte, kam gestern unter Mitarbeit der Gewerkschaften eine Verständigung zustande. Darin erkennt die Arbeiterschaft an, daß die Vertretung, da sie unter Zwang und Drohungen gehandelt hat, zur Zurückziehung ihrer Forderungen über den Steuerabzug bereit ist. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß als berufene Vertretung der Arbeiterschaft nur die im Betriebsrat und im Tarif genannten Organe anerkannt werden dürfen. Besonders wird auch die grundsätzliche Uebereinstimmung darüber anerkannt, daß der Steuerabzug nicht zum Gegenstand von Unterhandlungen gemacht werden kann. Das Werk stellt sämtliche Arbeiter wieder ein. Dagegen werden diejenigen Leute, die sich in Zukunft eines Verstoßes gegen die Betriebsratsarbeit schuldig machen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Inregelmäßigkeiten bei der Einfuhr an der Westgrenze.

Berlin, 12. August. (Eig. Meldung.) Wie die R. R. Z. erfährt, wurde auf dem Bahnhof Köln-Görden bei der Zollkontrolle eine Einfuhrbewilligung angehalten, die auf unregelmäßig große Mengen von Speiseeis, Speck und Fischkonserven lautete. Es wurde festgestellt, daß diese Einfuhrbewilligungen unbedeutender Verwendung eines Stempels und einem Diebstahl von Einfuhrbewilligungs-Blattlets ihre Entstehung verdanken. Die gestellten Einfuhrbewilligungen sind dem an holländische Firmen verkauft worden und auf dieser Grundlage entfielen Warenangebote in rheinischen Betrieben und Einfuhren Ludwigs waren meist durch Firmen von zweifelhaftem Ruf. — Es ist bisher gelehrt, für über ca. zehn Millionen Mark solcher eingeschmuggelten Waren zu Gunsten des Reiches für verfallen zu erklären, und die unbedeutende Einfuhr von weiteren Waren im Werte von zirka 20 Millionen Mark zu verhindern. Inzwischen war der Aufdeckung der Fälschungen





